

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Er erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 11 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreizehnpfennig. Petitzeile 1 W. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinhebung auf Postcheck. Alfred Riedel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionslohn freitags

Arbeitsdienstpflicht als Erziehungsproblem.

Die Reaktionäre aller Schattierungen können es noch immer nicht verwinden, daß es mit dem alten preussischen Militarismus und seinem Drill endgültig vorbei sein soll, und sind ununterbrochen am Werk, um die alte Herrlichkeit in irgendeiner Form wieder aufleben zu lassen. Zur Zeit liegt dem Deutschen Reichstag ein Initiativantrag der Wirtschaftspartei vor, nach welchem die Einführung einer Dienstpflicht verlangt wird. Diese soll beginnen mit dem 17. Jahre und bis zum Ende des Kalenderjahres währen, in dem das 25. Lebensjahr vollendet wird. Verlangt wird außerdem, daß die Ausübung des verfassungsmäßigen Wahlrechts aller Pflichtigen an die Vorlegung des ordnungsmäßigen Entlassungsscheins aus dem Arbeitsdienst gebunden sein soll. Daraus ist zu ersehen, daß die Antragsteller neben der „Eriüchtigung der Jugend“ allerhand weitere reaktionäre Bestrebungen verfolgen. Die Kinder der Besitzenden würden natürlich für diese Dienstpflicht nicht in Betracht kommen, sondern infolge ihres Besuches höherer Schulen und Lehranstalten davon befreit bleiben. Dafür würden sie die Anwärter für die Besetzung der höheren Posten beim Aufsichts- und Verwaltungspersonal stellen.

Angehts dieser Situation ist es zu begrüßen, daß eine vom Reichsarbeitsministerium einberufene Sitzung sich mit dieser Materie befaßt und die Unmöglichkeit des Antrages der Wirtschaftspartei darlegt. Eingeladen waren die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Unternehmer, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände sowie verschiedene in der Arbeitsdienstpflichtfrage sachverständige Wirtschaftler und Pädagogen.

Bei der Eröffnung der Konferenz führte Staatssekretär Geib zur Klärung der Situation aus, daß die Einberufung dieser Konferenz keineswegs eine Aenderung in der Stellung des Reichsausschusses zur Frage der Arbeitsdienstpflicht bedeute. Auch die in der Presse wiederholt angestellten Betrachtungen über einen Zusammenhang zwischen der Rede des Reichsausschussleiters Dietrich zur Arbeitslosenfrage und dem Stattfinden dieser Besprechung seien gegenstandslos.

Ministerialrat Dr. Lehfeldt hatte es übernommen, der Konferenz zu zeigen, welche Fragen bei der Durchführung der Arbeitsdienstpflicht nach den vorliegenden verschiedenen Projekten zu lösen wären. Aus der Fülle der Überlegungen, die sich dem objektiven Bearbeiter ergaben, seien nur die wesentlichen herausgehoben. Alle Befürworter haben denselben Ausgangspunkt: die Arbeitslosigkeit. Sie wollen durch den Arbeitsdienst Fürsorge für die jüngeren Arbeitslosen erreichen und damit gleichzeitig Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer freimachen. Die Dauer des Arbeitsdienstes schwankt nach den verschiedenen Plänen zwischen 1 und 2 1/2 Jahren. Der Antrag der Wirtschaftspartei unterstellt nur die männlichen Deutschen im Alter von 18 bis 25 Jahren der Arbeitsdienstpflicht, während andere Projekte auch die Frauen erfassen wollen. Schwierigkeiten sah der Referent in verschiedener Hinsicht; da man sich einig ist, daß nur gemeinnützige Arbeit und auch nur solche zufälligen Charakters — die also normalerweise im freien Arbeitsverhältnis nicht ausgeführt werden könnte — geleistet werden darf, dürften nur wenig geeignete Arbeiten zu finden sein. Das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besteht ja darin, daß für die zu große Produktion ungenügender Absatz vorhanden ist. Wohin soll man also mit der zu mobilisierenden zusätzlichen Arbeitskraft? Am eindrucksvollsten war aber die Feststellung, daß die einen ganzen Jahrgang — also rund eine Million — umfassende Arbeitsarmee etwa 200 000 Menschen als Angestellte für die Aufgaben des Unterrichts, der Arbeitsleitung, Organisation, Verwaltung usw. benötigen würde. Finanziell würde dieser Umstand dazu beitragen, daß an Kosten für jeden Arbeitstag sich pro Beschäftigten 18 bis 20 Mk. ergeben würden, da ja auch die Aufwendungen für Arbeitsmaterial, Werkzeug, Maschinen usw. zu berücksichtigen sind. Welche wirtschaftlichen Werte gegenüber den aufzubringenden Milliarden erarbeitet werden könnten, ist überhaupt nicht zu berechnen, denn hierzu weiß man nur eins positiv: jede Zwangsarbeit bringt erheblich weniger Ertrag als eine freiwillig geleistete Arbeit.

Die Aussprache ergab eine völlig einmütige Haltung in der Ablehnung des Arbeitsdienstgedankens. Für die Gewerkschaften erklärte Kollege Großmann, daß die Arbeiter die Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich ablehnen und die vorliegenden Pläne auf ihre Einführung mit aller Leidenschaftlichkeit bekämpfen. Erst ziemlich zum Schluß der Aussprache betannte sich Herr Schenck von der Wirtschaftspartei zu dem Antrag seiner Fraktion, ohne eigentlich mehr zu sagen, als man möge doch einen Unterausschuß einzusetzen, der vor allem die Kostenfrage durcharbeite. Demgegenüber wurde von gewerkschaftlicher Seite unter Zustimmung der Arbeitgeber erklärt, daß eine Weiterberatung gar keinen Sinn habe, daß es aber notwendig sei, die Deffenlichkeit ganz eindeutig zu unterrichten. Auch von der Regierung müsse erwartet werden, daß sie klar Stellung nimmt und ihre Stellungnahme bekannt gibt.

Der Leiter der Verhandlungen konnte als Ergebnis nur feststellen, daß der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht abgelehnt werde und daß eine Fortführung der Aussprache nicht in Frage komme. Anschließend kam das Thema „Freiwilliger Arbeitsdienst“ zur Erörterung, wobei sich ergab, daß jeder etwas anderes darunter versteht. Die Beantworter der Arbeitsdienstpflicht — die in der Mehrzahl die Durchführung ihrer Pläne erst im „Dritten Reich“ für möglich halten — verstehen darunter vorbereitende, veruchartige Maßnahmen, wie sie seit einigen Jahren z. B. von den Aramannen unternommen werden, um freiwillige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft als Ersatz für Ausländer zu gewinnen. Präsident Syrup von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung konnte dabei mitteilen, daß in Verbindung mit diesem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst der Gedanke ausgeprochen werde, diejenigen, die ein freiwilliges Arbeitsdienstjahr absolviert haben, bevorzugt bei der Arbeitsvermittlung zu behandeln bzw. sie in ihren Arbeitsstellen besonders zu sichern. Für die Gewerkschaften lehnte Kollege Ralsche solchen Gedanken aufs schärfste ab und betonte, daß es doch völlig unangebracht sei, sich mit irgendwelchen völlig ungeklärten Projekten wie dem freiwilligen Arbeitsdienst zu beschäftigen, wenn es heute nicht einmal möglich sei, die notwendigen Fürsorgemaßnahmen für die erwerbslosen Jugendlichen, soweit sie noch berufsuntüchtig sind, durchzuführen, da es überall an Mitteln fehle. Wer für die arbeitslosen Jugendlichen etwas tun wolle, der müsse bei allen verantwortlichen Stellen dafür eintreten, daß die von den Arbeitsämtern, der Jugendpflege, den Berufsschulen und den Organisationen eingeleitete Fürsorge für die erwerbslose Jugend finanziell sichergestellt werde.

Diesen Ausführungen stimmte die Konferenz einmütig zu, so daß sie wenigstens ein positives Ergebnis zu verzeichnen hatte.

Internationale Verflechtungen der deutschen Wirtschaft im Jahre 1930.

Die Verflechtungen des deutschen Industrie- und Bankkapitals mit dem des europäischen und des amerikanischen Auslandes haben sowohl an Umfang wie an Intensität zugenommen. An erster Stelle steht wieder das große Gebiet der Elektrizitäts- und Gasversorgung (der „public utilities“) und der Elektroschicht, das besonders für das amerikanische Kapital einen besonderen Anreiz bietet. So hat sich der große amerikanische Schwachstromtrust International Telephone and Telegraphic weiter in Deutschland festgesetzt und bereits über 30 Proz. der Reichspostaufträge für die Fernsprechautomatisierung an sich gebracht (Angliederung von Ferd. Schuchardt, Wig u. Genest, Telephonfabrik Berliner); diese Interessen läßt er verwalteten von der gemeinsam mit der A.G. und Felten u. Guillaume gegründeten Tochtergesellschaft S.G. (Standard Elektrizitäts-Gesellschaft). Außerdem gründete er eine Fernschreiberfabrik, die Creed-Telegraphen-Apparate G. m. b. H., in Berlin. Der seit Jahrzehnten in Deutschland arbeitende General Electric-Trust beteiligte sich kapitalmäßig durch Uebernahme eines großen Teils der im Februar ausgegebenen Siemens-u. Halske-Debentures und verstärkte sein indirektes Interesse an Deutschland durch Gründung der European Electric Corp. in Kanada, die Interessen in Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland und Polen besitzt. In der chemischen Industrie ist vor allem der Zusammenschluß der I. G. Farben mit der Standard Oil durch Gründung der Standard I. G. Co. in New York zu erwähnen, die im letzten Jahre in den verschiedenen Ländern Gesellschaften zur Ausbeutung der Patente zur chemischen Gewinnung von Del (Hydrierverfahren) errichtete. Von besonderer Bedeutung ist der Abschluß eines Abkommens mit dem andern Petroleumwelttrust, der Shell-Gruppe, das diese an der Hydrierung beteiligen soll. In der Metallwirtschaft kam es zu bedeutenden internationalen Verknüpfungen: die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke traten einen Teil ihres Kapitals an den belgischen Kupfertrust Haut Katanga ab. Ein Aktienpaket der Metallgesellschaft in Frankfurt wurde von der Amalgamated Metal Corp. in London gekauft, die kurz danach eine Beteiligung an der größten belgischen Metallfirma, der Société Générale des Minerais erwarb, die ihrerseits an dem belgischen Kupfertrust beteiligt ist. Dadurch ist ein riesiger europäischer Metallblock entstanden, der seine Spitze gegen den amerikanischen Kupfertrust richtet.

Neben der internationalen Konzernverflechtung hat aber auch die Kartellierung bedeutende Fortschritte gemacht. Das bedeutendste Kartell des verflochtenen Jahres ist die „Cia“ Convention de l'Industrie de l'Azote, das die Stickstoffproduktion der Welt regeln soll. Es umfaßt alle stickstoffproduzierenden Länder außer den Vereinigten Staaten; es betrifft nicht nur den künstlichen Stickstoff, sondern auch den Chilesalpeter. Es soll ausdrücklich dem Ziel der Produktionseinschränkung dienlich gemacht werden. Auch das internationale oder besser kontinentale Wagonkartell ist zum Abschluß gekommen; Deutschland steht bei der Quotenverteilung hinter Belgien an zweiter Stelle. Das dritte Abkommen, dessen ausgeprochener Zweck Produktionseinschränkung ist, wurde von den Zellstoffproduzenten Deutschlands, Finnlands, Schwedens und der Tschechoslowakei getroffen. Sein Inkrafttreten wurde allerdings abhängig gemacht von der Gründung eines Verkaufssyndikats in Deutschland.

Was erfordert „Lohnabbau“.

Welcher Gewerkschaftsfunktionär hat nicht im Laufe der letzten Monate Gelegenheit gehabt, immer wieder in seiner Gewerkschafts- oder Tagespresse die Lohnabbauanstrebungen des Unternehmertums verfolgen zu können. Alle in dieser Zeit ablaufenden Lohnverträge wurden von den Arbeitgebern gefündigt mit der Forderung: „Abbau der Löhne“. So wenig Verständnis von den Arbeitgebern, Schlichtungsausschüssen usw. bei Lohnforderungen der Arbeitnehmer unter besseren wirtschaftlichen Verhältnissen gezeigt wurde, um so mehr Entgegenkommen haben die Schlichtungsinstanzen den Klagen der Unternehmer entgegengebracht. Trotzdem, daß die angeführte Begründung für die Notwendigkeit eines Lohnabbaues in allen Fällen außerordentlich war, fand sie doch bei Schlichtungsstellen Anhang. Die Unternehmer waren also ein gut Stück vorwärtsgelommen. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß in der Befolgung der Schlichtungsinstanzen einmal gründlich Remedur geschaffen werden muß. In ihrer heutigen Zusammensetzung bedeuten dieselben doch nur eine Stütze des Unternehmertums. Von einer Neutralität des Vorgesetzten einer derartigen Korporation kann wohl unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Rede sein. Daß auch diese Leute eine eigene politische Meinung haben, haben meines Erachtens nach die in den letzten Monaten gefällten Schlichtungsentscheidungen zur Genüge bewiesen. Genau so gut wie wir als Gewerkschaftsfunktionäre die gefällten Entscheidungen perloft haben, ebenso hat das Unternehmertum diese Entwicklung verfolgt.

Da konnte es sich auch der Zeiger Arbeitgeberverein (Gruppe Kinderwagenindustrie) nicht verhehlen, mit in das selbe Horn zu blasen. Unsere Lohnstafel wurde mit Ablauf des Jahres 1930 gefündigt und ein Lohnabbau von nicht weniger als 15 Proz. gefordert. Die Arbeitgeber hatten von vornherein den Vorteil, daß sie nicht nur damit operieren konnten, daß nach Ansicht der Arbeitgeber ein Preisabbau einen gleichzeitigen Lohnabbau bedingte, wie bei jeder Lohnverhandlung führen sie auch hier die Konkurrenz ins Feld. Leider muß gesagt werden, daß an anderen Orten, wo ebenfalls Kinderwagenindustrie in Frage kommt, in puncto Lohn traurige Verhältnisse herrschen. Um nur kurz zu zeigen, wie groß die Spanne der Löhne zwischen den einzelnen Städten in genannter Industrie ist, dazu sollen folgende Zahlen dienen: Zwischen den Löhnen der Facharbeiter 18 Pf., den Angelernten 20 Pf., den Hilfsarbeitern 24,5 Pf. und den Arbeiterinnen 27 Pf. Also: je niedriger die Löhne, je größer die Spanne. Plegnit führte mit einem Lohn von 86 Pf., dann folgt Zeitz mit 85 Pf., an den anderen Orten werden wesentlich tiefere Löhne gezahlt. In Zeitz werden momentan etwa 2500 Leute in der Kinderwagenindustrie beschäftigt, davon sind ungefähr 350 in unserer Zahlstelle organisiert.

Wenn es mir auch vollständig fern liegt, den Standpunkt der Arbeitgeber zu teilen, daß aus den

geschilderten Gründen ein Lohnabbau in der hiesigen Kinderwagenindustrie berechtigt wäre, so bin ich mir doch vollkommen klar darüber, daß die Arbeitgeber über alles genau so gut unterrichtet sind wie wir selbst. Wenn an anderen Orten nicht so traurige Lohnverhältnisse herrschten, so wäre ihnen ein Trumpf aus der Hand genommen. Aus all den angeführten Gründen heraus lagen sich die Vertrauensleute der hiesigen Gewerkschaften gezwungen, die Frage zu prüfen, entweder den geforderten Lohnabbau von vornherein strikte abzulehnen oder den Verhandlungsweeg zu beschreiten. Nach reiflichem Erwägen ist das letztere gewählt worden. In zweimaligen Verhandlungen ist am Sonnabend, dem 10. Januar, folgende Einigung in freier Vereinbarung zustande gekommen. „Die Spitzenlöhne werden im Lohn von 85 Pf. auf 81 Pf. und um Akford von 82 Pf. auf 78 Pf. gesenkt. Die bisherige Prozentstafel bleibt bestehen. Die Parteien sind sich darüber einig, daß Verhandlungen darüber stattfinden. Der Vertrag gilt vom 10. Januar bis 31. Juli.“

Da diese Regelung in freier Vereinbarung getroffen ist, wird sie naturgemäß mehr Staub aufwirbeln, als wenn der Lohnabbau mit Hilfe des Schlichters getätigt worden wäre. Es ist hier die Frage aufzuwerfen: Hätten wir aus Grund der gesammelten Erfahrungen Aussicht auf eine bessere Regelung gehabt? Zweckmäßig dürfte es für jeden sein, der der Regelung kritisch gegenübersteht, sich die gestellte Frage selbst zu beantworten. In diesem Zusammenhang ist es wohl am Platze, erneut der schon einmal in Erwägung gezogenen Schaffung eines Reichstaris für die Kinderwagenindustrie ernstlich näherzutreten. Alle Gewerkschaftsvertreter der beteiligten Verbände in Zeitz sind der Auffassung, daß nur dann die Möglichkeit gegeben ist, das gegenseitige Auspielen der Unternehmer einmal aus der Welt zu schaffen. Hier muß ein Ausweg geschaffen werden, selbst wenn die Schaffung eines Reichstaris nur mit Erstklasseneinteilung zustande kommen könnte. Welche Schlussfolgerungen haben wir nun aus dieser Situation zu ziehen? So wie uns früher von Arbeitgeberseite entgegengehalten wurde, Lohnforderungen der Gewerkschaften seien eine Schraube ohne Ende, so werden die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer eine Schraube ohne Ende werden, wenn nicht von den Gewerkschaften endgültig Halt geboten wird. Daß es auf die Dauer nicht nur einen Kampf mit gegenseitigen Massen geben wird, darüber sollte sich der kleinste Gewerkschaftsfunktionär bis hinauf zu unseren Spitzenführern der gesamten Arbeiterbewegung endgültig klar sein. Um die Voraussetzung für einen endgültigen Sieg der Arbeiterklasse bei der unausbleiblichen Auseinandersetzung zu schaffen, muß es Aufgabe jeden Gewerkschafters sein, aufklärend zu wirken, wo sich nur Gelegenheit dazu bietet; sei es auf dem Arbeitsplatze, beim Sport oder sonstwo. Seien wir uns klar darüber, daß die nationalsozialistische Bewegung, deren Anhänger man als die größten Feinde der Arbeiterbewegung ansprechen muß, nur durch unsere eigene Laune — bedingt durch die

wirtschaftlichen Verhältnisse — einen derartigen Umfang angenommen hat. Also ran ans Werk, Gewerkschaftsmitglieder, glaubt nicht, mit der Bezahlung eures Verbandsbeitrages eurer Pflicht genügt zu haben; brecht mit all denen, die jeden Tag erneut zeigen, daß sie unsere ausgesprochenen Gegner sind. Hier kann es keine Konzeption geben; wer nicht mit uns ist — ist gegen uns. Willy Lindner.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Danzig. Der Vorsitzende, Kollege Doering, wünschte den Kollegen ein frohes neues Jahr, mußte aber gleichzeitig die traurige Mitteilung machen, daß der Kollege Burkel, ein treues Mitglied unseres Verbandes, am 5. Januar verstorben ist. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen erhob sich die Verammlung von ihren Plätzen.

Zum ersten Punkt, dem Jahresbericht, übergehend, führte der Vorsitzende aus: Das verfloßene Jahr ist von einer schweren Wirtschaftskrise heimgesucht worden, die bis heute noch nichts an Schärfe eingebüßt hat; hinzu kommt, daß bei der großen Zahl von Lehrlingen, in manchen Werkstätten bis zu fünf Lehrlingen, so daß man glaubt in einem Kinderort zu sein, die Beschäftigungsmöglichkeit für unsere Kollegen eine ziemlich geringe geworden ist. Es sind 108 Sattler und Tapezierer bei dem Arbeitsamt als erwerbslos gemeldet, das heißt, daß in den genannten Berufen eine 70proz. Erwerbslosigkeit herrscht, ein Zustand, der unbedingt der Abhilfe bedarf. In erster Linie hat hier wohl eine Einschränkung der Lehrlingshaltung zu erfolgen, denn trotz aller guten Versprechungen und diesbezüglichen Beschlüsse innerhalb der Innung, kehren sich deren Mitglieder wenig darum, denn für sie sind die Lehrlinge noch immer ein gutes Ausbeutungsojekt. Es schlägt allen ihren Lebensarten ins Gesicht, daß ihnen die Lehrlinge nur Geld kosten, das Geringste ist vielmehr der Fall, das beweist ja die hohe Lehrlingszahl. Unsere Arbeit innerhalb des Verbandes ist auch im vorletzten Jahr eine rege gewesen, neben 12 Mitgliederversammlungen, 6 Werkstattoversammlungen und 14 Vorstandsstunden, eine Lohnbewegung mit der Karosseriefabrik Poppot und fünf Klagen bei dem Arbeitsgericht. Eine Klage wurde gewonnen, bei zwei Klagen kam ein Vergleich zustande und zwei weitere Klagen betrafen die Geltendmachung des Treibriementarifs in einem Fabrikbetrieb. Für das neue Jahr gilt es mehr denn je treu und fest zusammenzustehen, denn noch ist die Krise nicht behoben und ein Ende derselben nicht zu erblicken. In der Diskussion schloß sich der Kollege Oheim dem Ausführungen des Kollegen Doering an mit dem Hinweis, daß unsere Zukunft noch eine düstere sein wird. Zum zweiten Punkt führte der Kassierer, Kollege Demontsch, folgendes aus: An Stelle vieler Worte will ich in meinem Jahresabschlusbericht die Zahlen sprechen lassen, die uns den erdrückenden Beweis liefern, daß sich das Verhältnis der Ein-

Das Geheimnis der Zahl.

Die Zahl war schon für alte griechische Philosophen das Maß aller Dinge. Der Zahl haften nach ihrer Auffassung eine tiefe Bedeutung an. Nicht im Sinne des Aberglaubens, der da Unglück und Glück mit Zahlen bindet. Die Philosophie sah in der Zahl das Gesetzmäßige des Geschehens, das harmonische der Welt. Und dabei waren die Laifachen, die zu solcher Annahme berechtigten, damals noch so wenig betannt.

Das ist heute anders. Nie in der ganzen Geschichte des Menschengeschlechts wurde so mit Zahlen gearbeitet wie heute. Nie wurde das ganze Zusammenleben so in Zahlen zum Ausdruck gebracht. In den Zahlen der Statistik spiegelt sich uns die Welt.

Und dieses Lebendige, das die so „nüchternen“ Zahlen bedeuten, suchen wir verstehen zu lassen durch Bilder und graphische Darstellungen. Auch die Gewerkschaftspresse hat in das statistische Bild seit langem zum Bildungsmittel ihrer Leser gemacht, so daß wir die Zahlen nicht nur zu lesen, sondern auch zu erleben verstehen.

Aber was wir da aus dem statistischen Bilde des sozialen Lebens heraus bezogen, das ist heute nur die Harmonie, nur Unharmonisches des Zusammenlebens. Wir sehen im Bilde das Steigen der Zahl der Arbeitlosen, das Schwinden von 2 Millionen junger Menschen durch den Krieg und den Einfluß dieses Massenherbens auf die Alterszusammensetzung des Volkes. Wir sehen die Wirkung des Wohnungsmangels im Bilde. Wir leben im Bilde die furchtbare Eingliederungslosigkeit durch die soziale Not. Und so erleben wir im Bilde die Zahlen des Unsozialen. Die Zahlen der Statistik bringen heute zum Ausdruck nichts als Disharmonie. Während die Zahl so meint es auch die alten Philosophen, ihrem Wesen nach der Ausdruck der Harmonie ist. Und so ist es im großen

Geschehen des Alls und der Erde, der Technik und der Kunst.

„Nach ewigen, ehernen, großen Gesetzen müssen wir alle unseres Daseins Kreise vollenden.“ So hat Goethe bekanntlich einmal das Gesetz in Worte gefaßt, was die Alten das Gesetz der Zahl genannt hatten. Nach Gesetzen der Ordnung vollzieht sich das große Leben. Und Zusammenleben ist nur dann sozial, wenn die Zahlen der Statistik nur Harmonie bedeuten und ein großes, heiliges Lebensgesetz in ihnen zum Ausdruck kommt.

Es ist etwas Hohes, zu erkennen, wie die Wissenschaft heute mehr und mehr das gesetzliche Geschehen der Unnatur tatsächlich in Zahlen erfährt. In Zahlen der Stetigkeit und der Ordnung. So hat die astronomische Wissenschaft ein ganz bestimmtes Maßverhältnis in der Entfernung der Sonnenstrahlen (Erde, Mars, Venus, Neptun usw.) von der Sonne festgestellt. So hat die Wissenschaft das gleiche Maßverhältnis derselben astronomischen Reihe in der Musik gefunden. So hat sie aber auch das gleiche Maßverhältnis am menschlichen Körper erkannt. Nach einem Maßgesetz läuft das ganze Weltall. Harmonie ist das bestimmende Sinngehalt des ganzen Gefüges der Welt.

Und so ist die Zahl in ihrem Urmenschen seit Ewigkeiten bestimmt, die Zahl der Harmonie nur zu sein, und wenn sie uns heute in der Statistik das Bild sozialer Unharmonie bedeutet, so ist sie uns der Fiebermesser für die Gesundheit des Volkstörpers und der Stadtmesser für die Höhe der Kultur. Nur wenn Harmonie in den Zahlen des Lebens und Sterbens zum Ausdruck kommt, entsprechen die Zahlen jenem ewigen Gesetz.

Dieses Gesetz der Zahl ist nicht etwa ein bedeutungsloser Zufall. Wenn das Maßverhältnis des Volkes, der Organe untereinander, der Breite zur Größe mißbilligt ist, ist der Leib schwach oder krank, können die Organe nicht in vollendeter Weise

zusammenwirken zu Einem. Harmonie ist Schönheit und Leben in Einem. Wenn das Maßverhältnis vorhanden, ist der Leib gesund, ist der Leib auch schön, und wenn das gleiche Maßverhältnis in der Musik vorhanden, erleben wir die musikalische Schönheit.

Aber weiter noch wirken die Gesetze der Zahl sich aus. Auf uns, die wir als Menschen erleben und fühlen können. Wir stehen in Ehrfurcht vor solchen unwandebaren Gesetzen, und jede Mißbildung des Lebensgesetzes wird von uns als Mitleid erlebt. Und Harmoniegefühl ist Freudegefühl. Und das Drängen nach Harmoniegestaltung im Sozialen wird uns zu starker Liebe des Menschen zum Menschen, daß allen Freude sei.

Das Harmoniegesetz des Alls und der Erde wird im Menschen zum ethischen Gefühl und zum sittlichen Bedürfnis. Als heiliges bringt das Gesetz der Zahl in uns. Wir nennen es Ordnung. Wir sprechen von Recht und von Lohn und Arbeitsfreiheit. Und wir meinen damit nichts anderes als dieses Ewige. Dieses Gesetzliche seit ewigen Zeiten. Dieses Maßgesetz. Dieses harmonische Verhältnis von allem zu allem. Und Sozialismus nennen wir diese Vollenbung der Zahlen, diese Harmonie von allem des Lebens. Und darum eben wird auch im Sozialismus einmal höchste Liebe sein.

Und wenn wir im statistischen Bilde heute das Unsoziale dieses Lebens sehen? Wir sind auf dem Wege zum Ziel, und was wir da im Bilde der Zahl erleben, das soll uns treffen im letzten Heiligentum der Zahl. Im Harmoniebedürfnis unserer Seele. Es soll uns emporheben zu ihrem Frühen. Es soll uns drängen zu stillendem Wollen. So kann es nicht bleiben! So darf es nicht sein! Und so soll das soziale Leben der Menschen werden, wie es in uns dieses Gefühl der Liebe, diese Sehnsucht nach Liebe, dieser Punkte des Ewigen, verlangt. Dr. G. G.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Dezember 1930.

Die allgemeine Depression auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter vertieft. Am Schluß des Jahres 1930 betrug die Zahl der Arbeitssuchenden 4 357 000 und brachte damit die besttägige Zunahme dieses Jahres. Durch die eintretende Arbeitslosigkeit wurden viele Arbeiterarbeiten stillgelegt; die Wirtschaftszweige, die eine allerdings nur schwache Belebung durch das Weihnachtsgeschäft erfahren hatten, entließen ihre Aushilfskräfte. Verschärft wurde der Beschäftigungsrückgang weiter dadurch, daß wichtige Industriebetriebe über Weihnachten und Neujahr Entlassungen für einige Wochen ausgesprochen haben, um in dieser Zeit ganz stillzulegen und alsdann Reparaturen, Inventuren usw. vorzunehmen. Die Form kurzfristiger Entlassungen tritt bei schwachem Geschäftsgang anscheinend immer mehr an die Stelle des früher üblichen tageweisen Aus-

lassens. Den Entlassungen standen außerdem kaum Neueinstellungen gegenüber, so daß auch der normale Arbeitswechsel völlig aufgehört hat. Katastrophal wirkt sich die Arbeitslosigkeit für unsere Berufszugehörigen aus. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen betrug Ende Dezember 10 804 gleich 50 Proz., die der weiblichen 1 795 gleich 36,5 Proz., zusammen 12 599 gleich 47,5 Proz. gegen 40,2 Ende September, 33,8 Ende Juni, 29,5 Ende März und 27,2 Proz. am Anfang des Jahres 1930. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat noch zugenommen. Rechnet man die auf Vollarbeiter umgerechneten Kurzarbeiter zu den tatsächlichen Vollarbeitern hinzu, so beträgt am Jahreschluß der Prozentsatz der Vollbeschäftigten 44,2 Proz. gegenüber 66,8 Proz. am Ende des Jahres 1929. Ein-

schließlich der umgerechneten Kurzarbeiter entfielen am Jahreschluß 1930 auf die einzelnen Branchen nachfolgende Prozentätze: Lederwarenarbeiter 41,1, Tapezierer 45,5, Fahrzeugbau 39,6, Treibriemer 56,8 und die sonstigen Branchen 56,5 Proz. Ueber 50 Proz. Arbeitslose hatten aufzuweisen: im Ostgau der Fahrzeugbau (58,1) und die Treibriemer (53,1), im Nordgau die Tapezierer (56,6), im Mitteldeutschen Gau der Fahrzeugbau (52,2), im Freistaat Sachsen sonst. Branchen (53), in Bayern die Lederwarenarbeiter (57,9) und die Treibriemer (55,1), im Südwestgau der Fahrzeugbau (56,1) und im Rheingau der Fahrzeugbau (51,4). Ueber 60 Proz. merben die Tapezierer (60,6) und der Fahrzeugbau (60,7) in Sachsen und die Tapezierer (73,7) im Gau Bayern. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verteilt sich auf die einzelnen Gaue wie folgt:

Gau	Lederwarenarbeiter		Tapezierer		Fahrzeugbau		Treibriemer		Sonstige Branchen		Zusammen		Insgesamt	Auerdem befristete	Auf das Hundert	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich			Ende Sept. 1930	Ende Dez. 1930
Mitgliederstand Ende Dezember 1930:																
Ostgau	1 803	503	2 482	247	968	94	225	8	659	26	6 137	873	7 010	438	—	—
Nordgau	342	116	1 470	159	258	7	228	38	279	10	2 577	330	2 907	430	—	—
Mitteldeutscher Gau	364	147	652	33	399	231	112	—	159	3	1 685	414	2 100	186	—	—
Gau Sachsen	789	440	1 048	115	474	43	277	23	275	8	2 873	629	3 502	241	—	—
Gau Bayern	490	531	523	40	132	29	112	—	63	21	1 320	621	1 941	207	—	—
Südwestgau	3 212	1 304	906	161	642	117	100	—	50	11	4 910	1 593	6 503	329	—	—
Gau Rheinland-Westfalen	477	213	1 003	198	339	19	222	18	87	3	2 128	451	2 579	167	—	—
Zusammen	7 487	3 254	8 084	953	3 212	540	1 276	82	1 572	82	21 631	4 911	26 542	1 998	—	—

Es waren Ende Dezember 1930 arbeitslos:																
Ostgau	823	147	1 223	81	536	63	119	2	251	20	2 952	313	3 265	—	39,2	46,6
Nordgau	145	39	852	70	100	2	47	5	117	2	1 261	118	1 379	—	43,9	47,4
Mitteldeutscher Gau	177	39	325	12	241	88	43	—	44	—	830	139	969	—	40,2	45,7
Gau Sachsen	435	127	653	52	297	17	97	—	150	—	1 632	196	1 828	—	46,0	52,2
Gau Bayern	315	277	398	17	64	4	62	—	22	14	861	312	1 173	—	45,1	60,5
Südwestgau	1 519	497	422	51	363	63	37	—	18	—	2 359	611	2 970	—	36,5	45,7
Gau Rheinland-Westfalen	195	45	463	49	175	9	49	2	28	1	909	106	1 015	—	37,6	39,3
Zusammen	3 609	1 171	4 386	332	1 776	246	453	9	630	37	10 804	1 795	12 599	—	40,2	47,5

Kurzarbeiter waren Ende Dezember 1930 vorhanden:																
Ostgau	140	66	159	27	98	3	49	1	133	8	579	105	684	—	8,9	9,8
Nordgau	96	44	124	33	9	1	67	5	33	4	353	87	420	—	12,3	14,4
Mitteldeutscher Gau	101	64	15	1	63	103	5	—	6	—	190	168	358	—	11,7	17,0
Gau Sachsen	278	202	119	25	80	5	96	16	39	—	612	248	860	—	23,8	24,6
Gau Bayern	168	153	38	3	41	11	21	—	—	—	208	167	375	—	21,7	19,3
Südwestgau	1 544	532	127	30	173	59	55	—	5	—	1 904	621	2 525	—	37,3	38,8
Gau Rheinland-Westfalen	217	128	90	20	81	10	100	11	13	—	501	169	670	—	30,6	28,0
Zusammen	2 484	1 189	676	139	545	192	393	33	229	12	4 327	1 565	5 892	—	21,5	22,2

Es arbeiteten verkürzt:	Pro Hundert betrug die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit:										Kurzarbeit:							
	Ende Sept. 1930	Ende Dez. 1930	Ende Sept. 1930	Ende Dez. 1930	Ende Sept. 1930	Ende Dez. 1930	Ende Sept. 1930	Ende Dez. 1930	Ende Sept. 1930	Ende Dez. 1930	Ende Sept. 1930	Ende Dez. 1930	Ende Sept. 1930	Ende Dez. 1930	Ende Sept. 1930	Ende Dez. 1930		
1 bis 3 Std.	836	113	949	2,7	4,9	5,2	4,9	3,8	26,8	29,8	31,8	36,7	44,5	25,8	22,5	26,9	30,2	34,2
9 „ 16 „	1237	279	1516	4,7	4,1	4,7	6,5	5,6	20,4	30,4	36,8	42,5	51,7	7,6	9,7	10,1	12,2	9,0
17 „ 24 „	1872	958	2830	7,3	6,4	9,0	8,4	10,7	34,8	28,2	36,9	51,6	53,9	14,0	10,5	19,7	17,4	19,6
25 u. mehr „	382	215	597	1,8	0,4	0,8	1,7	2,2	16,1	23,0	22,1	27,0	34,0	13,3	20,8	31,0	29,9	31,4
Zusammen	3 609	1 171	4 386	332	1 776	246	453	9	630	37	10 804	1 795	12 599	—	40,2	47,5	—	—

nahmen zu den Ausgaben sehr stark verschoben hat, denn allein an Erwerbslosen- und Krankenunterstützung sind 4400 Gulden gezahlt worden, hinzu kommen für den Treibriemerstreik 3300 Gulden aus der Hauptkasse und 780 Gulden aus der Vorkasse an Unterstützungen. Angesichts dieser Zahlen, die ein Spiegelbild der Wirtschaftskrise geben, gilt es erst recht dem Verband die Treue zu wahren. In der Diskussion, die recht reger war, wurde ein Antrag auf schriftliche Vorlegung des Jahresstatistikberichts gegen eine Stimme angenommen.

Im dritten Punkt, Wahl des Vorstandes, wurden die Kollegen Mechas und Kasperki als Wahlleiter bestellt. Hierauf sprach Kollege Mechas dem Gesamtvorstand das Vertrauen aus und erbat die Verfassung, den Vorstand in seiner Gesamtheit wiederzuwählen. Dieser Antrag fand gegen eine Stimme Annahme. Der Vorsitzende dankte im Namen der übrigen Vorstandsmitglieder für das ihm ausgesprochene Vertrauen und erklärte, daß dieselben auch in Zukunft zur Zufriedenheit der Kollegen arbeiten werden.

Unter „Verschiedenes“ erfolgte dann die Erledigung einiger Angelegenheiten, u. a. die Veranstaltung des Arbeiterbildungsausschusses und des DDB, ein Abendkursus mit Dr. Jitis, Brunn, über „Das Weltbild des Menschen von heute“, wozu die Ortsgruppe sechs Kollegen entsandte. Ferner eine zweite Reihe von Veranstaltungen für die erwerbslosen Mitglieder der freien Gewerkschaften, ersten und zweiten Charakters, seien es Vorträge mit aktuellem Thema oder Kino, Musik und Theateraufführungen. Es gilt den erwerbslosen Kollegen in ihrer schweren wirtschaftlichen Lage eine Abwechslung zu bieten. Nach einer längeren Debatte wurde diesen Veranstaltungen zugestimmt. Ein Antrag auf festliche Regelung unserer Gründungsfeier verbunden mit einer Ehrung der Kollegen für 25jährige Mitgliedschaft, wurde mit Mehrheit an-

genommen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband fand die erste arbeitsreiche Versammlung in diesem Jahre ihren Abschluß.

E. Sch.
Stenach. Generalversammlung vom 9. Januar 1931. Am Jahresbericht streifte der Vorsitzende Kollege Daum mit kurzen Worten die Vorgänge des vorigen Jahres. Er betonte, daß gerade innerhalb unseres Berufes die Arbeitslosigkeit mit am größten ist; voraussichtlich würde auch das bevorstehende Jahr nicht besser ausfallen als das vorliegende. Es sei trotz dieser Krise der Organisation gelungen, die Löhne, welche von den Unternehmern angefordert worden sind, zu halten. Es wäre deshalb von größter Wichtigkeit, auch in der schlechtesten Zeit treu zur Organisation zu stehen.

Anschließend erfolgte die Abrechnung des Kassierers über das letzte Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde Entlastung erteilt.
 Sodann gab Kollege Köhler den Jahresstatistikbericht. Es war zu erleben, daß durch die Erwerbslosigkeit die Vorkasse erheblich geschwächt ist. Der Versammlungsbefuch ließ auch im vergangenen Jahr noch zu wünschen übrig. Der Anteil der Erwerbslosen am Orte beträgt 46 Proz., der restliche Teil arbeitete zumeist verkürzt.

Die Wahl des gesamten Vorstandes ging schnell vonstatten, da die alte Verwaltung bis auf den Unterkassierer wiedergewählt wurde.

Im Verschiedenen berichteten die Kollegen Daum und Friedrich über die Lohnfragen im DDB. In der Reparaturabteilung derselben war verlußt worden, durch Kündigung des Arbeitsverhältnisses den Lohn zu kürzen, trotzdem keine Lohnkürzungen vorgenommen werden dürfen, solange der Schiedspruch nicht für verbindlich erklärt ist. Erst nach fünfjähriger Ausperrung konnte eine Einigung erzielt werden. Es wurde ein Stundenlohn von 76 Pf. plus 35 Proz. plus 5 Proz. schriftlich vereinbart. Bei

dieser Gelegenheit wurde auch das Verhalten des Betriebsratsvorsitzenden beleuchtet. Nachdem Kollege Köhler nochmals an pünktliche Beitragsleistung und regeren Versammlungsbefuch erinnert hatte, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

W. Breitenstein.

Summersbach. Am 4. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Der 1. Vorsitzende, Kollege Schubarth, erstattete den Geschäftsbericht. Trotz der schlechten Konjunktur ist unser Mitgliederbestand gestiegen. Die Arbeitslosigkeit scheint auch in unserer Ortsverwaltung mehr Fuß zu fassen. Nach dem Kassenericht des Kollegen Budde betragen die Einnahmen inklusive Bestand vom vorigen Quartal 209,59 Mt., die Ausgaben 202,70 Mt., so daß ein Bestand von 6,89 Mt. verbleibt. In der Hauptkasse betragen die Einnahmen 191,46 Mt., denen 190,03 Mt. an Ausgaben gegenüberstehen. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung. Mit dem Wunsche, die kommenden Gewerkschaftsveranstaltungen in gleichem Maße zu besuchen wie die heutige und die nach der Organisation fernstehenden Kollegen von den Zwecken und Zielen derselben zu überzeugen, schloß der 1. Vorsitzende die Versammlung.

W. Heitau.

Zeh. Generalversammlung vom 10. Januar 1931 bei Rämpfe. Kollege Lindner begrüßte die Anwesenden aufs herzlichste und hofft von den Kollegen und Kolleginnen einen regeren Anteil an den künftigen Versammlungen als im Vorjahre. Es fanden zehn Mitgliederversammlungen, zwölf Vorstandssitzungen, vier Gewerkschaftsartefestungen, acht Vorstandssitzungen vom Kartell und drei Betriebsratssitzungen statt. Am 23. März fand eine Reichskonferenz der Kinderwagenindustrie in Leipzig statt und am 20. Juli eine Konferenz unseres Verbandes in Rötchen. Einsprüche vor dem Spruchsausschuß des Arbeitsamtes fanden zwei statt, welche zu unse-

